

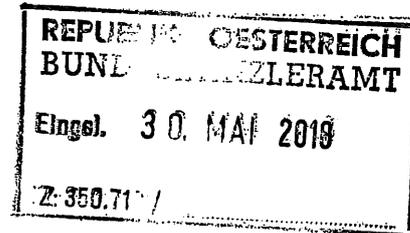
MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 30. April 2018, mit dem ein Beschluss vom 12. April 2018 betreffend "mehr Mittel aus dem Universitätsbudget für die Johannes-Kepler-Universität Linz" vorgelegt wird.
2. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 4. Mai 2018, mit dem eine Resolution der Marktgemeinde Ebensee vom 16. April 2018 betreffend "Weiterbestand des BIS Mobils" vorgelegt wird.
3. Schreiben des Landeshauptmannes der Steiermark vom 26. April 2018, mit dem der Beschluss Nr. 760 betreffend "den Erhalt der Agrarförderungen für kleinstrukturierte Landwirtschaft" vorgelegt wird.
4. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom 15. Mai 2018, mit dem zwei gleichlautende Entschlüsse vom 5. April 2018 betreffend "TOP-Jugendticket" vorgelegt werden.
5. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom 15. Mai 2018, mit dem eine EntschlieÙung vom 5. April 2018 betreffend "Förderung der Kinderbildung und -betreuung sowie Unterstützung der Familien" vorgelegt wird.
6. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom 15. Mai 2018, mit dem eine EntschlieÙung vom 5. April 2018 "gegen die Schwächung der Finanzbehörden im Kampf gegen Lohndumping und Steuerbetrug zur Sicherung der finanziellen Stabilität Österreichs und seiner Bundesländer" vorgelegt wird.
7. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 22. Mai 2018, mit dem eine EntschlieÙung vom 9. Mai 2018 betreffend "Glücksspielgesetz des Bundes muss angepasst und verschärft werden" vorgelegt wird.
8. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 2. Mai 2018, mit dem eine EntschlieÙung vom 11. April 2018 betreffend "Informationsfreiheit statt Amtsgeheimnis" vorgelegt wird.
9. Schreiben des Amtes der Salzburger Landesregierung vom 11. Mai 2018, mit dem ein Beschluss vom 21. März 2018 betreffend "Änderung des Datenschutz-Anpassungsgesetzes" vorgelegt wird.
10. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 22. Mai 2018, mit dem eine Gemeinsame Länderstellungnahme auf Basis von fachlichen Aspekten und Folgenabschätzungen betreffend "Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch" vorgelegt wird.

11. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 11. Mai 2018, mit dem ein Beschluss vom 9. Mai 2018 betreffend "Kinderbetreuung; 15a B-VG Vereinbarungen - Absicherung der Kinderbetreuungsangebote - Verlängerung/Neufassung der auslaufenden" vorgelegt wird.
12. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 11. Mai 2018, mit dem ein Beschluss vom 9. Mai 2018 betreffend "Familienbonus Plus" vorgelegt wird.
13. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 18. Mai 2018, mit dem ein Beschluss vom 18. Mai 2018 betreffend "Kompetenzentflechtung und Strukturbereinigung" vorgelegt wird.
14. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 18. Mai 2018, mit dem ein Beschluss vom 18. Mai 2018 betreffend "Gedenkstätte für die in der Shoah ermordeten jüdischen Kinder, Frauen und Männer aus Österreich" vorgelegt wird.
15. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 18. Mai 2018, mit dem ein Beschluss vom 18. Mai 2018 betreffend "ORF-Gesetz" vorgelegt wird.
16. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 18. Mai 2018, mit dem ein Beschluss vom 18. Mai 2018 betreffend "Österreichischer EU-Ratsvorsitz im 2. Halbjahr 2018" vorgelegt wird.
17. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 18. Mai 2018, mit dem ein Beschluss vom 18. Mai 2018 betreffend "Entfall Pflegeregress; Kostenersatz durch den Bund" vorgelegt wird.
18. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 18. Mai 2018, mit dem ein Beschluss vom 18. Mai 2018 betreffend "Bundesförderung für Fachhochschul-Studienplätze" vorgelegt wird.
19. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 18. Mai 2018, mit dem ein Beschluss vom 18. Mai 2018 betreffend "Abschaffung der Notstandshilfe und Integration in die Bedarfsorientierte Mindestsicherung; Auswirkungen auf Länder und Gemeinden" vorgelegt wird.
20. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 28. Mai 2018, mit dem ein Beschluss vom 25. Mai 2018 betreffend "Klima- und Energiestrategie; Gebäudesektor; Wohnbauförderung" vorgelegt wird.
21. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol vom 9. Mai 2018, mit dem 12 Resolutionen und Anträge der 173. Vollversammlung vom 4. Mai 2018 vorgelegt werden.
22. Schreiben der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst vom 15. April 2018, mit dem 13 Beschlüsse der erweiterten Bundesleitung der AHS-Gewerkschaft vom 10. April 2018 vorgelegt werden.

23. Schreiben der Wiener Gebietskrankenkasse vom 18. April 2018, mit dem eine Resolution betreffend "Die AUVA darf nicht zerschlagen werden" vorgelegt wird.
24. Schreiben der Landwirtschaftskammer Niederösterreich vom 23. April 2018, mit dem eine Resolution zu aktuellen Anliegen und Problemen der Land- und Forstwirtschaft vorgelegt wird.
25. Schreiben der Landwirtschaftskammer Vorarlberg vom 25. April 2018, mit dem eine Resolution betreffend "GAP 2020+ und Freihandelsabkommen Mercosur" vorgelegt wird.
26. Schreiben des Arbeitskreises Gerichtsvorsteherinnen und Gerichtsvorsteher vom 4. Mai 2018, mit dem eine Resolution vom 20. April 2018 betreffend "Einsparungsmaßnahmen der Bundesregierung" vorgelegt wird.
27. Schreiben des Ersten Vorsitzenden des Wiener Gemeinderates vom 30. April 2018, mit dem eine Resolution vom 27. April 2018 betreffend "finanzielle Mehrbelastungen Wiens durch Maßnahmen des Bundes" vorgelegt wird.
28. Schreiben der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich vom 17. April 2018, mit dem eine Resolution der Bundeshauptversammlung vom 7. April 2018 vorgelegt wird.
29. Schreiben des Bürgermeisters von Zeltweg vom 17. April 2018, mit dem eine Petition vom 29. März 2018 betreffend "Aufhebung der beschlossenen Änderung zum Tabak- und Nichtraucherinnen- bzw. Nichtraucherschutzgesetz" vorgelegt wird.
30. Schreiben des Bürgermeisters von Ansfelden vom 12. April 2018, mit dem eine Resolution vom 22. März 2018 betreffend "Maßnahmen zur Bekämpfung der Steuerflucht" vorgelegt wird.
31. Schreiben des Bürgermeisters von Alkoven vom 16. April 2018, mit dem eine Resolution vom 21. März 2018 betreffend "Erhalt von Integrationsklassen an Sonderschulen" vorgelegt wird.
32. Schreiben der Bürgermeisterin von Luftenberg vom 17. Mai 2018, mit dem eine Resolution vom 19. April 2018 betreffend "ärztliche Hausapotheken" vorgelegt wird.
33. Schreiben des Bürgermeisters von Olbendorf vom 26. April 2018, mit dem eine Resolution vom 23. März 2018 zur "Abschaffung des Pflegeregresses" vorgelegt wird.
34. Schreiben von sechs Gemeinden (Mürzzuschlag, Ried, Innsbruck, Molln, Oepping, Feldkirchen), mit denen Resolutionen betreffend "Lehre für Asylwerbende in Mangelberufen" vorgelegt werden.

35. E 10-NR/XXVI.GP vom 20. April 2018 betreffend ELGA-Datenschutzbestimmungen/Forschungsorganisationsgesetz (Wortlaut siehe Beilage).
36. E 11-NR/XXVI.GP vom 20. April 2018 betreffend Nutzung der im Rahmen der Section Control vorgesehenen Kameras durch die Sicherheitsbehörden (Wortlaut siehe Beilage).
37. E 13-NR/XXVI.GP vom 16. Mai 2018 betreffend Einmeldung und Evaluierung der zu einer weiteren Verankerung des Grundsatzes „Beraten statt strafen“ geeigneten verwaltungsstrafrechtlichen Bestimmungen im Wirkungsbereich sämtlicher Bundesministerien (Wortlaut siehe Beilage).
38. E 14-NR/XXVI.GP vom 17. Mai 2018 betreffend Bundesmuseen, Österreichische Nationalbibliothek und Bundestheater: Kunst- und Kulturvermittlung an Kinder und Jugendliche (Wortlaut siehe Beilage).
39. E 15-NR/XXVI.GP vom 17. Mai 2018 betreffend Impulse im Bereich der musischen Bildung und des Musikunterrichts (Wortlaut siehe Beilage).
40. E 16-NR/XXVI.GP vom 17. Mai 2018 betreffend Förderung österreichischer Kunst und Kultur – Erarbeitung einer bundesweiten Kunst- und Kulturstrategie (Wortlaut siehe Beilage).
41. E 17-NR/XXVI.GP vom 17. Mai 2018 betreffend Erarbeitung einer bundesweiten Kunst- und Kulturstrategie (Wortlaut siehe Beilage).
42. E 19-NR/XXVI.GP vom 17. Mai 2018 betreffend Anerkennung der deutschsprachigen Volksgruppe in Slowenien (Wortlaut siehe Beilage).
43. E 20-NR/XXVI.GP vom 17. Mai 2018 betreffend Ausbau von 100 Betreuungsplätzen für von Gewalt betroffene Frauen (Wortlaut siehe Beilage).



EntschlieÙung

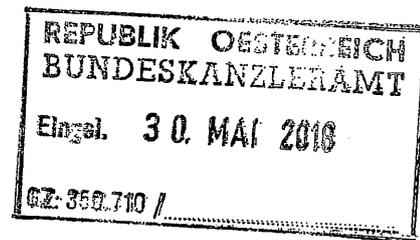
des Nationalrates vom 20. April 2018

betreffend ELGA-Datenschutzbestimmungen/Forschungsorganisationsgesetz

Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung und die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz werden ersucht sicherzustellen, dass ELGA-Gesundheitsdaten ausschließlich zu wissenschaftlichen Zwecken und nur anonymisiert zur Verfügung gestellt werden;

- keine Rückschlüsse auf einzelne Personen gezogen werden dürfen;
- die Landesvertretung der Ärzteschaft (oder Fachgesellschaften) das wissenschaftliche Interesse bestätigt;
- eine Ethikkommission, die beim Gesundheitsministerium oder an den Medizinischen Universitäten oder an jenen Universitäten, an denen eine Medizinische Fakultät eingerichtet ist, angesiedelt ist, das jeweilige Forschungsprojekt freigibt;

Weiters ersucht der Nationalrat sicherzustellen, dass die Verwendung von ELGA-Daten für kommerzielle Zwecke ausdrücklich ausgeschlossen ist.

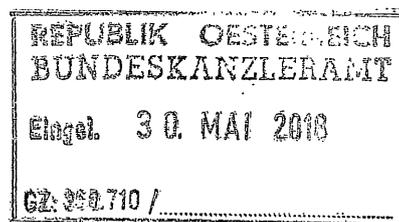


Entschließung

des Nationalrates vom 20. April 2018

betreffend Nutzung der im Rahmen der Section Control vorgesehenen Kameras durch die Sicherheitsbehörden

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Inneres und der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie, werden unter Einbeziehung der ASFINAG ersucht, auf dem hochrangigen Netz der ASFINAG neuralgische sowie grenz- und korridorbezogene Punkte zu identifizieren sowie für diese technische Einrichtungen zur punktuellen Nutzung von Bilddaten zu konzipieren und zu erarbeiten wie die durch diese verfügbaren Daten auch von den Sicherheitsbehörden im Rahmen gesetzlicher Aufträge genützt werden können. Darüber ist dem Nationalrat bis Dezember 2018 Bericht zu erstatten.



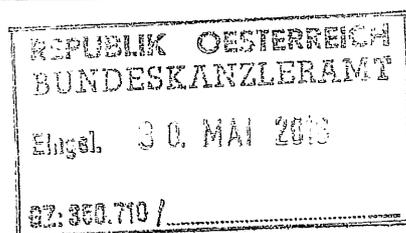
EntschlieÙung

des Nationalrates vom 16. Mai 2018

betreffend Einmeldung und Evaluierung der zu einer weiteren Verankerung des Grundsatzes „Beraten statt strafen“ geeigneten verwaltungsstrafrechtlichen Bestimmungen im Wirkungsbereich sämtlicher Bundesministerien

1. Die jeweils zuständigen Mitglieder der Bundesregierung werden ersucht, eine Aufstellung der Verwaltungsstraftatbestände der in ihrem jeweiligen Wirkungskreis liegenden Materiengesetze bis zum 31. Oktober 2018 an den Verfassungsdienst im Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz zu übermitteln.
2. Diese Aufstellung soll zugleich eine Einschätzung darüber enthalten, ob sich die jeweilige Bestimmung für eine Anwendung des Grundsatzes „Beraten statt strafen“ eignet und ob im jeweiligen Materiengesetz bzw. bei Vollziehung desselben „Beraten statt strafen“ ggf. bereits zur Anwendung kommt.
3. Ebenfalls werden die jeweils zuständigen Mitglieder der Bundesregierung eingeladen, Erfahrungen zu den jeweiligen Bestimmungen einzumelden, welche sich aus der Vollziehung der jeweiligen Bestimmungen ergeben haben.
4. Wenn sich das Prinzip auf einen bestimmten Bereich der Vollziehung nicht anwenden lässt, sind die Gründe ebenfalls einzumelden.
5. Auf dieser Basis soll im Rahmen eines Sammelgesetzes des federführenden Bundesministeriums für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz anschließend eine harmonisierte, koordinierte Verankerung von „Beraten statt strafen“ in den Materiengesetzen erfolgen, welche durch ihre möglichst einheitliche Ausgestaltung für die breite Bevölkerung leicht verständlich und für die Verwaltung gut anwendbar ist.

14/E XXVI. GP

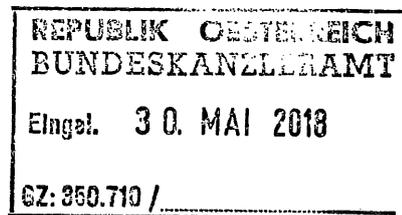


EntschlieÙung

des Nationalrates vom 17. Mai 2018

betreffend Bundesmuseen, Österreichische Nationalbibliothek und Bundestheater: Kunst- und Kulturvermittlung an Kinder und Jugendliche

Der zuständige Bundesminister für EU, Kunst, Kultur und Medien wird ersucht, Maßnahmen hinsichtlich der Errichtung einer Online-Plattform zu setzen, auf der alle Vermittlungsangebote der Bundesmuseen, der Österreichischen Nationalbibliothek sowie der Bundestheater für Kinder und Jugendliche gesammelt zu finden sind.



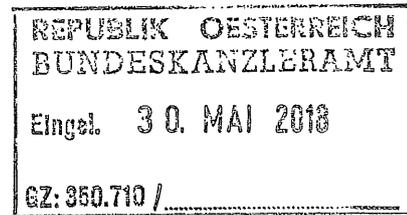
Entschließung

des Nationalrates vom 17. Mai 2018

betreffend Impulse im Bereich der musischen Bildung und des Musikunterrichts

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für EU, Kunst, Kultur und Medien sowie der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, wird ersucht, gemeinsam mit den Bundesländern Möglichkeiten für Impulse in der musischen Ausbildung bzw. des Musikunterrichts auszuloten und im 1. Halbjahr 2019 dem Parlament einen Bericht darüber zu übermitteln.

16/E XXVI. GP



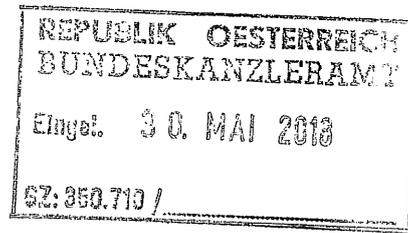
Entschließung

des Nationalrates vom 17. Mai 2018

betreffend Förderung österreichischer Kunst und Kultur - Erarbeitung einer bundesweiten Kunst- und Kulturstrategie

Der Bundesminister für EU, Kunst, Kultur und Medien wird ersucht, eine bundesweite Kunst- und Kulturstrategie zu erarbeiten und diesbezüglich den laufenden Austausch mit den Landeskulturreferenten anzustreben sowie für Österreich relevante, internationale Benchmarks zu evaluieren. Eine Kunst- und Kulturstrategie des Bundes soll die Schaffung strategischer Schwerpunkte für das Kulturland Österreich sowie eine bessere Abstimmung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ermöglichen.

17/E XXVI. GP

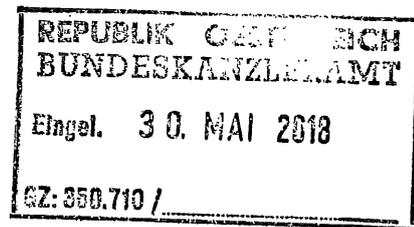


Entschließung

des Nationalrates vom 17. Mai 2018

betreffend Erarbeitung einer bundesweiten Kunst- und Kulturstrategie

Der Bundesminister für EU, Kunst, Kultur und Medien wird ersucht, die bundesweite Kunst- und Kulturstrategie in einem breiten Diskussionsprozess zu erarbeiten und bei diesem Prozess auch das Parlament, Nicht-Regierungsinstitutionen und Kulturinstitutionen einzubeziehen.



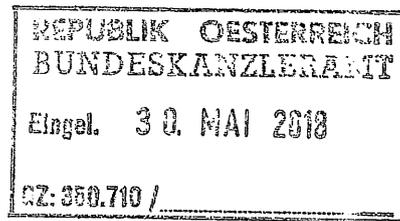
Entschließung

des Nationalrates vom 17. Mai 2018

betreffend Anerkennung der deutschsprachigen Volksgruppe in Slowenien

Die Bundesregierung – und im speziellen die zuständige Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres – wird ersucht, sich auf bilateraler und europäischer Ebene dafür einzusetzen, um die Republik Slowenien zur offiziellen Anerkennung der deutschsprachigen Volksgruppe zu bewegen.

20/E XXVI. GP



Entschließung

des Nationalrates vom 17. Mai 2018

betreffend Ausbau von 100 Betreuungsplätzen für von Gewalt betroffene Frauen

Die Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend wird ersucht, 100 Betreuungsplätze für von Gewalt betroffene Frauen zu schaffen und im Rahmen der Möglichkeiten den Opferschutz bedarfsorientiert auszubauen.